



Protokoll der 4. Sitzung des Einwohnerrates

vom 3. November 2004, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Franz Kaufmann, Philipp Senn

Absenz wg. Rücktritt Susanne Brodbeck

Traktanden	Laufnummer
1. Berichte des Stadtrates und der BPK betreffend Kantinenweg - Bauprojekt und Baukredit <i>://: Bauprojekt und Baukredit genehmigt.</i> <i>://: Zusatzantrag BPK genehmigt.</i> <i>://: Zusatzantrag Grüne genehmigt.</i>	2004/10 2004/10a
2. Mündlicher Zwischenbericht des Stadtrates zum Postulat von Lukas Flüeler namens der Fraktion GL/Fraumättler betreffend Urwaldfreundli- che Gemeinde	03/155
3. Postulat von Sabine Sutter und Regina Vogt namens der FDP-Fraktion zum Jugendtreffpunkt Joy im Haus zur Allee <i>://: An den Stadtrat überwiesen.</i>	2004/11
4. Interpellation von Hanspeter Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend das Marktwesen in Liestal <i>://: Erledigt.</i>	2004/12
5. Fragestunde	

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen November-Einwohnerratssitzung.

Mitteilungen des Ratspräsidenten

- Von Susanne Brodbeck (FDP) ist ein Rücktrittsschreiben folgenden Inhalts eingetroffen: „Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Walter, liebe Kolleginnen und Kollegen. Seit 1996 bin ich mit Freude und Interesse im Einwohnerrat Liestal als Mitglied der FDP-Fraktion. Obwohl mir diese Tätigkeit sehr gefällt, muss ich mir Gedanken machen, wie ich Familie, Beruf, Hobbies und Politik unter einen Hut bringen kann. Schweren Herzens bin ich deshalb zum Entschluss gelangt, mein Amt per sofort zur Verfügung zu stellen. Dies fällt mir nicht leicht, nachdem mir auch die menschlichen Kontakte in der Fraktion und im ganzen Einwohnerrat sehr zugesagt haben. Deshalb möchte ich euch allen für die stets angenehmen Kontakte und die interessanten politischen Diskussionen herzlich danken.“ Ersnachrückende auf der FDP-Liste ist Jacqueline Lüthi. Ihre Zusage ist per E-Mail bereits eingetroffen.
- Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) war als Vertreter des Einwohnerrats an der Ab-dankungsfeier des verstorbenen Karl Schäfer. Walter Gudenrath erinnert mit folgenden Worten an ihn: „Karl Schäfer, geboren 1933 auf dem Hof Untere Wanne, hat sich früh der Politik zugewendet. Bereits 1972 war er Mitglied des Gemeinderates, des heutigen Stadtrates, den er erst 1990 wieder verliess. Mir ist ein Satz aus seinem Lebenslauf, der von der Kanzel verlesen wurde, in nachhaltiger Erinnerung geblieben. Er lautete: *Am späten Nachmittag, aus dem Stall kommend, schnell unter die Dusche, und mit fliegenden Küsschen sich von der Familie verabschiedend, eilte er zur Sitzung ins Rathaus.* Und das achtzehn Jahre lang. Ich denke, Karl Schäfer hat der Stadt Liestal viel gegeben.“ Der Rat erhebt sich für eine Schweigeminute, um seiner zu gedenken.

Mitteilungen des Stadtrates

- Stadtrat Peter Rohrbach teilt mit, dass der Voranschlag 2005 gestern verabschiedet worden sei und Ende Woche mit allen Details an die Bau- und Planungskommission so-wie an die Fiko verschickt werde. Den andern Ratsmitgliedern werde der Voranschlag in der kommenden Woche zugestellt.
- Stadtrat Peter Rohrbach informiert ausserdem über die Einwohnerratsvorlage „Wärme-versorgung Frenkenbündten Liestal AG: Aktienkapitalerhöhung“ (Nr. 04/182). Der Stadt-rat ziehe diese Vorlage zurück. Er werde zwei neue Vorlagen über die Minderheitsbetei-ligung der Stadt Liestal in den beiden Aktiengesellschaften Wärmeversorgung Frenken-bündten Liestal AG und Liestal Netz AG in den Einwohnerrat bringen.
- Stadtpräsidentin Regula Gysin empfiehlt den Besuch des Weihnachtsmarktes in Wal-denburg. Weil der Markt sein 20-jähriges Jubiläum feiere, seien alle Froburgerstädte des In- und Auslandes zur Teilnahme eingeladen. Auch die Stadt Liestal sei dort vertreten. Die Verbindung zu Waldenburg sei die Waldenburgerbahn. Liestal präsentiere sich mit zwei Ständen.

Als **Stimmzählerinnen** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- Susanne Greiner (Seite FDP)
- Regina Vogt (Seite SP, Grüne, Fraumättler)
- Marie-Theres Beeler (Mitte, Büro)

Traktandenliste

Es werden keine Änderungen beantragt.

Neue persönliche Vorstösse

- Postulat von Stefan Saladin namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Nutzung der Sporthalle Kaserne Liestal (Nr. 2004/13)
 - Interpellation von Stefan Saladin namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Projekte für mehr Sicherheit am Bahnhof Liestal (Nr. 2004/14)
 - Interpellation von Stefan Saladin namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Anschluss Liestal an die Umfahrungsstrasse H2 (Nr. 2004/15)
 - Interpellation von Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion und Paul Finkbeiner namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Abwasserreglement (Nr. 2004/16)
 - Interpellation von Paul Finkbeiner und Elisabeth Weber namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Allmendgebühren (Nr. 2004/17)
-

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 22. September 2004

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt und verdankt.

27 B.1.3.3. Ortsplanung: Einzelne Bereiche

1. Berichte des Stadtrates und der BPK betreffend Kantinenweg - Bauprojekt und Baukredit (Nr. 2004/10 und 2004/10a)

Die Bau- und Planungskommission (BPK) informiert in ihrer Vorlage zusammengefasst folgendermassen:

Seit Jahren wird versucht, für Liestal eine Verbesserung der Verkehrsregelung zu realisieren. Seit dem Entwicklungsplan 95 ist die Bedeutung des Kantinenweges als Erschliessungsstrasse des Entwicklungsgebietes Obergestadeck/Bücheli bekannt. Mit einem ausgebauten Kantinenweg stehen für künftige Verbesserungen des Verkehrs-Regimes in Liestal viele Möglichkeiten offen (Schliessung der Büchelistrasse für den Durchgangsverkehr, Verbesserung der Anbindung Engelüberbauung an das Zentrum mit einer Erweiterung der Begegnungszone im Raum Törl/Wasserturmplatz).

Am 30. Januar 2002 hat der Einwohnerrat einen Projektierungskredit für den Kantinenweg genehmigt. Leider konnte zwischen dem Kanton und der Stadt keine Lösung bezüglich Aufnahme des Kantinenweges in das Kantonsstrassennetz erzielt werden. Der Stadtrat hat nun eine Vorwärts-Strategie beschlossen und schlägt vor, diese Strassenverbindung als Gemeindestrasse zu realisieren, welche gemäss Strassenreglement der Stadt finanziert wird.

Die Anträge der BPK lauten:

In Übereinstimmung mit dem Antrag des Stadtrates:

1. Dem Bauprojekt „Kantinenweg-Neubau“ und dem Baukredit von brutto CHF 820'000.00 wird zugestimmt.

Zusatzantrag der BPK:

2. Der Einwohnerrat beschliesst, vorsorglich das Enteignungsrecht geltend zu machen.

BPK-Präsident Hanspeter Meyer erläutert, das Geschäft sei im September in der Hoffnung an die BPK überwiesen worden, dass sich der Konflikt zwischen dem Kanton und der Stadt bis zur heutigen Einwohnerratssitzung lösen werde. Leider sei dem nicht so. Vom Kanton werde man immer wieder vertröstet. Die Kommissionsmitglieder seien froh, dass der Stadtrat in Sachen Kantinenweg eine Vorwärtsstrategie an den Tag lege. Die Kommission würde ihn dabei einhellig unterstützen. Mit der Erstellung des Kantinenwegs liessen sich zwar nicht alle Verkehrsprobleme in Liestal lösen, aber es sei ein entscheidender Schritt in die richtige Richtung. In der Kommission habe man sich auch gefragt, ob man mit dem Ausbau nicht auch Änderungen im Verkehrsregime herbeiführen solle. Man sei aber zum Schluss gekommen, den „Karren“ nicht überladen zu wollen. Zuerst sei der Ausbau zu beschliessen, dann könnten weitere Schritte folgen.

Nach dem heute gültigen Strassennetzplan sei der Kantinenweg eine Erschliessungsstrasse. Die privaten Beiträge würden 80 Prozent ausmachen. Im revidierten Strassennetzplan solle der Kantinenweg eine Sammelstrasse werden. Dann würden die privaten Beiträge 70 Prozent betragen. Die Auslegung, dass dieser Strassenbau kein Ausbau sei, werde vom kantonalen Muster-Strassenreglement klar unterstützt. Heute müsse nach dem rechtsgültigen Reglement beschlossen werden. Wenn das Werk dann gebaut sei und abgerechnet werde, könne es durchaus sein, dass die Beiträge für die Privaten dann um zehn Prozent tiefer lägen. Zum Schluss wolle er noch eine persönliche Bemerkung anbringen: Im Zusammenhang

mit dem Kasernen-Neubau nehme der Kanton jetzt Anpassungen vor, obwohl er wisse, dass der Strassenbau komme. Die Anpassungsarbeiten würden fortgeführt, sogar im Bereich der grossen Mauer bei der ehemaligen Zufahrt, die verschwinden werde. Das nenne er Verschwendung von Steuergeldern. Er bitte darum, dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen und den Zusatzantrag der Bau- und Planungskommission betreffend Enteignung ebenfalls zu beschliessen.

Das Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten.

Stadtrat Ruedi Riesen unterstreicht, es handle sich um ein wichtiges Geschäft. Es gehe nicht nur um eine Strasse. Er danke der Kommission für ihr Engagement. Er sei froh darüber, dass das Geschäft nicht direkt beraten worden sei. Das ganze Thema stehe im Zusammenhang mit dem Entwicklungsplan 95 von Liestal. Es gehe dort nicht nur um Siedlungsplanung, sondern auch um Verkehrsplanung. Neben den harzigen Verhandlungen mit dem Kanton habe es auch schwierige Verhandlungen mit den Promotoren des geplanten Einkaufszentrums gegeben. Wenn man das Entwicklungsgebiet ansehe, in dem der Kantinenweg als Erschliessungsstrasse gebraucht werde, so habe man dort eindeutig Fortschritte erzielt. Das Gelände vom Café Mühleisen bis zum Gestadeckschulhaus liege in einer Quartierplanzone. Deswegen sei die Stadt verpflichtet, dort eine Gesamtplanung zu machen. Damit dies öffentlich klar sei, habe die Stadt dafür immer einen Wettbewerb angestrebt. Diesem Planungsprozess stehe nun nichts mehr im Weg. Man könne nun dieses Strassengebiet, das weit über das Gebiet des Einkaufszentrums hinausgehe, in die Hand nehmen. Die Gesamtplanung werde als Wettbewerb lanciert. Für das Gebiet des Einkaufszentrums bestehe ein Vorprojekt, das parallel zur Gesamtplanung weiterbearbeitet werde. Es müsse selbstverständlich eine Absprache zwischen der Projektplanung Einkaufszentrum und der allgemeinen Quartierplanung geben. Man sei auch daran, die betroffenen Liegenschafts- und Landbesitzer davon zu überzeugen, dass ein Ideenwettbewerb auch für sie eine gute Sache sein könne. Für die Investoren sei wichtig, dass der Einwohnerrat grünes Licht für den Baustart des Kantinenwegs gebe. Nur dann könnten diese weiterarbeiten.

Die BPK habe sich auch zum Verkehrskonzept Gedanken gemacht. Am 9. Dezember werde der Kanton der Stadt das Verkehrskonzept Liestal vorstellen. Es werde um Themen wie H2-Anschluss, Verkehrsverlagerung usw. gehen. Man wisse noch nicht, was dort auf einen zu komme. Die Stadt werde die Verkehrsplanung auf jeden Fall weiter vorantreiben, wenn nötig ohne Kanton. In der ersten Hälfte des nächsten Jahres wolle der Stadtrat das Konzept vorlegen. Die Umsetzung des Konzepts solle in Etappen geschehen. Nach dem Bau des Kantinenwegs müsse der Verkehr von der Kasernenstrasse, der von Lausen her komme, auf den Kantinenweg umgeleitet werden. Das ergebe eine Entlastung im Bereich vor dem Törli. Dies geschehe 2005 und 2006. 2007, während des Baus des Einkaufszentrums, müsse die Büchelistrasse beruhigt werden. Dies würde den Raum über das Törli weiter entlasten. Wenn der Terminplan eingehalten werden könne, werde nach der Eröffnung des Einkaufszentrum 2008 das viel diskutierte Gebiet Poststrasse/Schwieriplatz angegangen. Dort schwebte dem Stadtrat eine Erweiterung der Begegnungszone an den Rand des Stedtlis vor. Es gebe in diesem Zusammenhang auch Teilverlagerungen des Verkehrs. Die Stadt wolle Kontakt mit der Bevölkerung des Rosenquartiers aufnehmen, um diese Teilumlagerung transparent zu machen und ehrlich miteinander zu verhandeln. Er sei der Meinung, der Verkehr sei flächenmässig adäquat in Liestal zu verteilen. Es solle nicht ein Achse den Grossteil des Verkehrs aufnehmen müssen. Zum Antrag der Grünen, der noch gestellt werde, wolle er sagen, dass man diesen von ihm aus so stehen lassen könne. Ihm persönlich gehe er fast zu wenig weit, weil nur vom Törli und der Büchelistrasse die Rede sei.

Die gute Verhandlungsrunde, die derzeit mit den Grundeigentümern geführt würde, würden den Stadtrat optimistisch stimmen, nicht nur in Bezug auf die Anstösserbeiträge, sondern auch, weil man in Bezug auf die Überbauung positiver in die Zukunft sehen könne. Er hoffe, dass der Rat der Vorlage zustimmen werde und damit ein politisches Signal setze.

Jürg Holinger (GL) sagt, seine Fraktion unterstütze die Anträge der Bau- und Planungskommission. Sie würde im Bau des Kantinenwegs einen ersten Schritt in die richtige Richtung im Rahmen des Richtplans 95 sehen. Einige Mitglieder der BPK seien am Anfang der Beratung automatisch davon ausgegangen, dass mit der Eröffnung des Kantinenwegs die Büchelistrasse entlastet werde. Stadtrat Ruedi Riesen und der Leiter des Stadtbauamts, Martin Hoffer, hätten ihnen jedoch erklärt, dass dies nicht so einfach möglich sei. Seiner Fraktion sei diese Verkehrsführung aber ein grosses Anliegen. Sie wolle dem Stadtrat mit einem Zusatzantrag noch ein wenig Rückenwind verleihen. Er laute: „Der Stadtrat wird beauftragt, nach Bauabschluss des Kantinenwegs die Verkehrsentslastung des Raumes vor dem Törl und der Büchelistrasse, wie im Entwicklungsplan 95 vorgesehen, voranzutreiben.“ Dies beinhalte natürlich auch das Gebiet Schwieriplatz und Poststrasse. Wenn der Rat diesem Zusatzantrag zustimme, könne er ebenfalls ein politisches Signal setzen und dem Ganzen einen zusätzlichen Schub verleihen. Die Verhandlungen, die bevorstünden, seien sicher nicht einfach.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) weist darauf hin, wie lange man schon auf diese Strasse und diese Lösungen warte. Vor 36 Jahren habe er als Rekrut in Liestal zugeschaut, wie die Lastwagen über den Kantinenweg gefahren seien. Der Zustand des Weges sei damals schon katastrophal gewesen. Jetzt endlich solle darüber beschlossen werden, dass der Kantinenweg als Strasse neu zu bauen und den heutigen verkehrstechnischen Bedürfnissen anzupassen sei. Die Vorwärtsstrategie des neuen Stadtrates im Verkehrswesen sei beachtlich und verdiene Unterstützung. Es sei allen bewusst, dass der Kantinenweg einen kleinen Schritt in Richtung Verbesserung des Verkehrs in Liestal darstelle, aber auf der Ziellinie gebe man jetzt trotzdem Gas. Er hoffe, dass die Damen und Herren im BUD mit der Stadt rasch Lösungen finden würden. Seine Fraktion sei einstimmig für die beiden Anträge der BPK, den Zusatzantrag der Grünen lehne sie jedoch einstimmig ab.

Pascal Porchet (FDP) legt dar, seine Fraktion sei einstimmig für die Zustimmung zu dieser Vorlage. Als entscheidend sehe er die Vorwärtsstrategie der Stadt an. Er wolle aber in Erinnerung rufen, dass die grosse Dynamik, die man nun an den Tag lege, eigentlich auf den Investor ausgelegt sei. Dass man jetzt die Spange weiter öffne und den ganzen Verkehr einbinde, finde er auch gut. Enwickeln könne sich das Gebiet aber nur, wenn Leute bereit seien, dort zu investieren. Die Vorlage halte er für gut. Ihm gefalle vor allem die Strassenbreite. Es sei wichtig, einstimmig Ja zu dieser Vorlage zu sagen, denn es brauche ein Signal, einerseits an den Investor, andererseits an den Kanton. Ein Wettbewerb sei eine gute Sache, wenn es um ein ganzes Entwicklungsgebiet gehe. Wenn sich daraus ein gutes Projekt ergebe, fände er das auch sehr gut. In der Regel würden Investoren aber erst auf den Plan treten, wenn die Projekte bewilligt seien. Wenn man jetzt einen Wettbewerb in Bezug auf das ganze Gebiet ausschreibe, könne es geschehen, dass der Faktor Zeit zum Verleider für den Investor werde. Er wolle der Stadt Liestal deutlich mit auf den Weg geben, dass der beste Entwicklungsplan oder der beste Wettbewerb nichts nützten, wenn nichts realisiert werden könne. Wenn der Investor allenfalls einen Sonderstatus erhalten könne, damit sich die Entwicklung des Einkaufszentrums vorantreiben liesse, so wäre das von grosser Bedeutung. Zum Zusatzantrag der BPK betreffend Enteignungsrecht wolle er festhalten, dass es verschiedene Anstösser gebe, die alle mitmachen müssten und mit denen das Gespräch zu suchen sei. Dieser Zusatzantrag solle nur ein Notnagel sein. Man hoffe natürlich, dass das Enteignungsrecht nicht zur Anwendung komme. Den Zusatzantrag der Grünen würde man unterstützen.

Ernst Burkhardt (SP) hält fest, Liestal habe mit dem Entwicklungsplan 95 eine sehr gute Planung in der Hand. Der Kantinenweg sei ein wichtiger Teil daraus. So wie seine Fraktion damals für den Entwicklungsplan gewesen sei, unterstütze sie jetzt auch den Ausbau des Kantinenwegs, aber nicht, weil man mehr Strassen wolle, sondern im Sinne einer sinnvollen Organisation des Verkehrs in und um Liestal. Es handle sich tatsächlich um eine wichtige Erschliessungsstrasse für kommende Investoren. Diese Investoren müsse man pflegen. In diesem Sinne sei die Vorwärtsstrategie des Stadtrates wichtig und zu begrüssen. Dies könne einiges ins Rollen zu bringen, beim Kanton, bei der Stadt und bei den Investoren. Hinter dem

Zusatzantrag der Grünen stehe er hundertprozentig. Allerdings sei er nicht dringend. Es stehe schon im Entwicklungsplan, dass dies einer der nächsten Schritte sein werde. In der Fraktion habe man nicht mehr über den Zusatzantrag der Grünen abstimmen können.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) fügt hinzu, sie wolle etwas zum Stichwort Zeitachse sagen. Sie stimme dieser Vorlage zu, aber sie habe ein paar Bedenken, was die hohen Anstösserbeiträge betreffe. Wie man gehört habe, würden diese Beiträge je nach Interpretation um zehn Prozent differieren. Unklar sei auch, ob es sich um einen Ausbau oder einen Neubau dieser Strasse handle. Bei einem Ausbau müssten die Anstösser nur noch die Hälfte der Beiträge zahlen. Nach ihrer Meinung handle es sich um einen Ausbau. Es sei klar, dass man mit vielen Einsparungen rechnen müsse. Stadtrat Ruedi Riesen habe den Kantinenweg an der letzten Einwohnerratsitzung als Schlüssel für das Manor-Projekt bezeichnet, und er habe gesagt, dass Verzögerungen das Projekt gefährden könnten. Wenn der Stadtrat das Projekt Kantinenweg zügig weiterbearbeiten wolle, so würde sie ihm empfehlen, den Anstössern entgegenzukommen, da die Strasse im Interesse der Stadt liege, nicht nur in demjenigen der Anstösser des Kantinenwegs.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) erinnert daran, dass Stadtrat Ruedi Riesen gesagt habe, eine Quartierplanung sei eine Gesamtplanung. Dies bringe ihn zu einer kritischen Anmerkung. Auch für ihn sei es klar, dass er dem Ausbau des Kantinenwegs zustimmen werde. Er frage sich aber, warum der Kantinenweg nicht zusammen mit der Kaserne in eine Gesamtplanung einbezogen worden sei. Er habe nie verstanden, weshalb die verantwortlichen Fachleute vor allem des Kantons, vielleicht auch der Stadt, es nicht fertiggebracht hätten, den Kantinenweg im Zusammenhang mit dem 40-Millionen-Bau zu planen. Beim Nonnenbodenweg zum Beispiel habe es auch geheissen, es eile mit dem Ausbau, worauf der Nonnenbodenweg gebaut worden sei. Der Kantinenweg hingegen sei wieder aufs Abstellgleis geschoben worden. Das sei für ihn unverständlich gewesen. Seine Fraktion habe im Übrigen noch keine Begründung geliefert, weshalb sie den Zusatzantrag der Grünen ablehne. Die Meinung der Fraktion sei einfach, dass man die Fuhre nicht überladen wolle. Man wünsche auch eine Entlastung des Törlplatzes, aber zum jetzigen Zeitpunkt halte man die beiden vorliegenden Anträge für genügend.

Bernhard Fröhlich (FDP) sagt, es sei wie bei der Ferienplanung, das Ziel sei klar, und das Ziel sei auch gut. Er sei auch der Meinung, dass man in die Richtung, die Stadtrat Ruedi Riesen aufgezeigt habe, gehen solle. Aber zu einer Ferienplanung gehöre auch, die Frage nach den Kosten zu stellen. Er wolle sich vorsichtig an diese Frage herantasten. Wenn er recht verstanden habe, wolle man jetzt einen Ideenwettbewerb zu Gesamtplanung veranstalten. Es stelle sich doch die Frage, wer diesen bezahle. Er würde gerne wissen, ob dies die Stadt Liestal sei, und wenn, in welcher Grössenordnung sich diese Kosten bewegen würden.

Stadtrat Ruedi Riesen bestätigt, dass man auf den Investor angewiesen sei. Der Stadt gehe es nicht darum, den Investor zu gängeln, aber sie habe durch den Entwicklungsplan der Bevölkerung gegenüber eine Verantwortung. Der Quartierplan müsse im vorgegebenen Perimeter umkreist werden. Die kantonale Kommission, die letztlich über den Quartierplan entscheide, habe ausserdem signalisiert, dass sie einen Wettbewerb wünsche. Unter dieser Voraussetzung sei es schwierig, über ein anderes Verfahren zu verhandeln, ohne dass der Terminplan gefährdet werde. Betreffend Kosten wolle er darauf hinweisen, dass die Stadt Liestal verpflichtet sei, aus dem Quartierplan das Beste zu machen. Ein Wettbewerb habe ausserdem auf allen Seiten die grösste Akzeptanz, weil es ein transparentes Verfahren sei. Die Kosten für den Ideenwettbewerb seien auf CHF 50'000.00 bis 70'000.00 veranschlagt. Das Quartierplanverfahren werde nochmals rund CHF 200'000.00 bis 250'000.00 kosten. Er wolle sich zu den Kosten noch nicht auf die Äste hinauslassen. Er gebe nur das Volumen an. In den Verhandlungen mit den Investoren habe man sich darauf geeinigt, dass man die Kosten für den Wettbewerb hälftig aufteilen werde. Man werde den Wettbewerb auch gemeinsam erarbeiten. Was den Kanton betreffe, sei er der Meinung, dass dieses Thema nicht dra-

matisiert werden solle. Man könne verschiedener Meinung sein, und wenn man sich nicht einigen könne, gehe man eben vors Schiedsgericht.

Stadtpräsidentin Regula Gysin bittet darum, beim Thema Kantinenweg zu bleiben. Die Diskussion rund um das Projekt, für das sich ein Investor interessiere, sei im Stadtrat nicht zu Ende geführt und gehöre ihrer Meinung nach noch nicht hierher.

://: Der Einwohnerrat bewilligt einstimmig das Bauprojekt „Kantinenweg-Neubau“ sowie den Baukredit von brutto CHF 820'000.00.

://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig, vorsorglich das Enteignungsrecht geltend zu machen.

://: Der Einwohnerrat genehmigt mit 27 Ja- gegen 6 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen folgenden Zusatzantrag der Grünen: „Der Stadtrat wird beauftragt, nach Bauabschluss des Kantinenwegs die Verkehrsentlastung des Raumes vor dem Törli und der Büchelstrasse, wie im Entwicklungsplan 95 vorgesehen, voranzutreiben.“

28 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

2. Mündlicher Zwischenbericht des Stadtrates zum Postulat von Lukas Flüeler namens der Fraktion GL/Fraumättler betreffend Urwaldfreundliche Gemeinde (Nr. 03/155)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Postulat Urwaldfreundliche Gemeinde ufG

Die Schweiz hat die Agenda 21, das Programm für eine nachhaltige Entwicklung des 21. Jahrhunderts, unterschrieben. Damit sind die Gemeinden und Städte verpflichtet, im Rahmen einer Lokalen Agenda 21 ihren Teil zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Dies besagt, nur so viele Ressourcen zu nutzen, dass auch spätere Generationen ein menschenwürdiges Leben haben werden. Die Urwaldfreundliche Gemeinde ist ein konkreter, lokaler Beitrag zum globalen Urwaldschutz.

Warum Urwälder schützen? Urwälder sind wichtig für den globalen Wasserhaushalt und für das Klima. Und sie sind Lebensraum für Millionen von Menschen, Tieren und Pflanzen. Urwälder gehören zu unserer Lebensgrundlage. Sie sind bedroht: Alle zwei Sekunden wird Urwald in der Grösse eines Fussballfeldes (Gitterli) unwiderruflich zerstört.

Wie kann man in der Schweiz Urwald schützen? Die Gründe der Urwaldzerstörung "dort" liegen "hier": Urwaldholz findet Verwendung in so alltäglichen Produkten wie Kopier- oder WC-Papier, Türen, Spanplatten, Fensterrahmen und Besenstielen. Unnötigerweise, denn urwaldfreundliche Alternativen gibt es.

In der Schweiz haben sich 350 Gemeinden und 6 Kantone, darunter der Kanton Baselland und bereits 22 Baselbieter Gemeinden, der Erklärung des Bruno-Manser-Fonds zur "urwaldfreundlichen Gemeinde" angeschlossen. Die Stadt Liestal ist noch nicht Mitglied.

Was ist das Ziel? Die Stadt Liestal unterzeichnet die Erklärung "urwaldfreundliche Gemeinde"(ufG) des Bruno Manser-Fonds, vollzieht die Verpflichtungen und hält sie aufrecht.

Wie sehen die Verpflichtungen aus? Urwaldfreundlich heisst, dass die Stadt bei Bauten und Mobiliarbeschaffung auf Holz und Holzprodukte aus Raubbau verzichtet. Sie verwendet stattdessen FSC-zertifiziertes Holz und / oder Holz aus der Schweiz oder dem benachbarten Ausland. Zudem verwenden die Stadtverwaltung und alle daran angeschlossenen Betriebe und stadt eigenen Institutionen wann immer möglich Recyclingpapier und bemühen sich um eine generelle Senkung des Papierverbrauchs. Es geht dabei nicht um die Reinheit der Lehre, sondern ums Prinzip: Wann immer möglich urwaldfreundlich, Ausnahmen erlaubt.

Urwaldfreundlichkeit bei:

Papier und Papierprodukten

Verbrauchsmaterialien (Büromaterial, Werkholz...)

Ausstattung, Mobiliar

Bau-, Instandhaltungs- und Renovierungsmassnahmen

Antrag:

1. Die Stadt Liestal unterzeichnet die Erklärung "urwaldfreundliche Gemeinde" des Bruno-Manser-Fonds.
2. Der Stadtrat führt die daran gebundenen Verpflichtungen ein und überprüft deren Aufrechterhaltung.

30.10.2003, Lukas Flüeler

An der Einwohnerratssitzung vom 17. Dezember 2003 änderte der Postulant Lukas Flüeler seinen Antrag folgendermassen ab:

Anträge (neu):

1. Die Stadt Liestal überprüft die Unterzeichnung der Erklärung „urwaldfreundliche Gemeinde“ des Bruno-Manser-Fonds.
2. Der Stadtrat prüft, in welcher Form für Liestal eine lokale Agenda 21 geschaffen werden kann.

Stadtpräsidentin Regula Gysin teilt mit, das Postulat Urwaldfreundliche Gemeinde sei überfällig. Der Stadtrat habe es im vergangenen Dezember übernommen. Sie gebe heute einen mündlichen Zwischenbericht ab. Derzeit arbeite der Stadtrat an den Legislaturzielen 2004-2008. Unter der Prämisse Nachhaltigkeit seien alle Themen der Agenda 21 beziehungsweise des Impulsprogramms 21 eingeflossen. Die Legislaturziele würden dem Rat noch zur Kenntnisnahme vorgelegt. Sie denke, dann sei auch der richtige Moment für den Stadtrat, den Antrag auf Abschreibung des Postulats zu stellen.

Lukas Flüeler (GL) ergänzt, er wolle etwas zur Agenda 21 sagen für diejenigen, die neu im Rat seien. Die Schweiz habe 1992 in Rio de Janeiro die Agenda 21, das Programm für eine nachhaltige Entwicklung im 21. Jahrhundert, unterschrieben. Damit seien die Gemeinden und Städte verpflichtet, im Rahmen einer lokalen Agenda 21 ihren Teil zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Die Strategie für eine nachhaltige Entwicklung, die der Bundesrat 2002 beschlossen habe, besage, dass der Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen zu erhalten sei und dass die natürlichen Ressourcen mit Rücksicht auf die zukünftigen Generationen zu nutzen seien. Er denke, mit der Nachhaltigkeit als Oberthema in den neuen Legislaturzielen sei ein Schritt in die richtige Richtung getan. Er sei gespannt darauf, was in den Legislaturzielen stehen werde. Zum Punkt 1 seines Antrages im Postulat hätte er gerne vom Stadtrat das nächste Mal eine Stellungnahme.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) gibt bekannt, dass ihre Fraktion der Stadtpräsidentin für den Zwischenbericht danke. Es sei lobenswert, dass der Stadtrat das Anliegen betreffend Nachhaltigkeit ernst nehme und dass Liestal als Kantonshauptstadt in diesem Bereich eine Vorbildfunktion einnehmen könne.

Danielle Schwab (SP) meint, es sei heute vielleicht ein schlechter Tag für Visionen und Ideale. In den USA sei ein Mann im Begriff, wiedergewählt zu werden, der das Kyoto-Protokoll schubladisiert habe. Solche Tagesstimmungen würden hoffentlich wieder verschwinden. Es gehe mehr denn je darum, global und lokal zu denken und zu handeln. Insofern danke ihre Fraktion Regula Gysin für den Zwischenbericht und die Ankündigung, das Thema der Nachhaltigkeit in die Legislaturziele einzubeziehen. Es sei ein sehr wichtiges Anliegen. Bereits hätten zahlreiche Gemeinden in der Schweiz die Erklärung unterschrieben.

29 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

3. Postulat von Sabine Sutter und Regina Vogt namens der FDP-Fraktion zum Jugendtreffpunkt Joy im Haus zur Allee (Nr. 2004/11)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Postulat zum Jugendtreffpunkt Joy im Haus zur Allee

Das zentral gelegene Joy im Haus zur Allee wird heute tagsüber nicht oder kaum genutzt. Der Jugendtreffpunkt wird auf der Basis eines Leistungsauftrages durch die Stadt Liestal durch die Offene Jugendarbeit betrieben. Auf der Internetseite der Stadt Liestal wird das Angebot u.a. wie folgt beschrieben (Textausschnitte):

- „Jungen Menschen eine Unterstützung bei der Bewältigung ihres Alltages anzubieten, sie zu fördern und ihnen ganz praktisch zur Seite stehen, das möchte die Stiftung Jugendsozialwerk tun.“
- „Auch in Zukunft möchten wir uns für Jugendliche und für Menschen am Rande der Gesellschaft einsetzen.“

Der FDP-Fraktion ist nicht bekannt:

- wie das Gebäude derzeit genutzt wird,
- ob es ein Bewirtschaftungskonzept gibt,
- wer das Zielpublikum ist,
- ob das Gebäude mehrfach genutzt werden könnte.

Es ist der FDP-Fraktion ein Anliegen, dass für alle Jugendlichen ein Treffpunkt in der Freizeit in Liestal angeboten wird.

Der Stadtrat wird gebeten, folgende Punkte zu prüfen:

- Wie kann Joy im Haus zur Allee mehrfach oder auch kommerziell genutzt werden?
- Kann das Haus auch anderen Organisationen zur Verfügung gestellt werden, damit ein breiteres Angebot für alle Jugendliche geboten werden kann?
- Kann der Mittagstisch im zentral gelegenen Joy im Haus zur Allee durchgeführt werden?

20.09.2004, Sabine Sutter und Regina Vogt

Stadtpräsidentin Regula Gysin hält fest, dass es sich um ein Anliegen handle, das wichtig sei. Der Stadtrat wolle zum Jugendtreffpunkt Joy, wo sehr gute Arbeit geleistet werde, Sorge tragen. Die Stadt habe auch Streetworker, die eine Ergänzung und genau so wichtig seien. Das Haus zur Allee habe Räume und Möglichkeiten, die man noch besser nutzen könne. Der Stadtrat sei bereit, das Postulat zu übernehmen.

Sabine Sutter (FDP) antwortet, ihre Fraktion bedanke sich dafür, dass der Stadtrat das Postulat entgegennehme und gewillt sei, die Situation zu überprüfen.

Corinne Ruesch (GL) äussert, aus eigener Erfahrung könne sie sagen, dass ein Jugendtreff nicht für alle da sein könne. Sonst werde man keinem Jugendlichen gerecht. Deshalb sei es

wichtig zu wissen, welche Zielgruppen und welche Ziele der Jugendtreff anstreben sollte. Es mache Sinn, dass ein Jugendtreff mit integriertem Beratungsangebot für gefährdete Jugendliche eine Anlaufstelle sei. Ihre Fraktion unterstütze das Postulat im Hinblick auf eine Mehrfachnutzung des Gebäudes. Dies könne für ein breiteres Interesse der Öffentlichkeit an der Arbeit, die dort geleistet werde, sorgen. Das wiederum komme dem Jugendtreff zugute und fördere eine Einbettung des niederschweligen Angebotes in ein breiteres Angebot. Bei einer Mehrfachnutzung sei deshalb dieses Bedürfnis miteinzubeziehen.

Regula Nebiker (SP) teilt mit, ihre Fraktion sei mit der Stossrichtung des Vorstosses an sich einverstanden. Es mache Sinn, die Liegenschaft besser zu nutzen. Ihrer Fraktion sei es aber auch wichtig, an die fruchtbare Diskussion der vorangegangenen Sitzung anzuknüpfen. Sie erinnere daran, dass die Liestaler Jugendpolitik differenziert und sorgfältig geführt werden sollte. Auf keinen Fall dürften diejenigen, die das Joy zur Zeit nutzen – das seien grösstenteils nicht Schweizer – den Eindruck erhalten, dass man sie von dort verdrängen wolle.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) erinnert ebenfalls daran, dass an der letzten Einwohnerratssitzung die Situationsanalyse der Liestaler Jugend besprochen worden sei. Mit diesem Postulat könne man einen weiteren Schritt in die richtige Richtung machen. Es sei sinnvoll, diese Räumlichkeiten zu nutzen. Wenn solche Räume auch anderen Jugendlichen zur Verfügung gestellt würden, könne dies zu einer guten Durchmischung für diejenigen Jugendlichen führen, die durch die offene Jugendarbeit betreut würden. Ihre Fraktion sei für Überweisung des Postulats und danke dem Stadtrat für die Entgegennahme.

://: Das Postulat wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

30 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

4. Interpellation von Hanspeter Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend das Marktwesen in Liestal (Nr. 2004/12)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Interpellation betreffend das Marktwesen in Liestal

In einem kürzlich veröffentlichten Zeitungsbericht über das Marktwesen in Liestal haben Beamte der Stadtverwaltung erklärt, der Stadtpolizeichef sei wegen Arbeitsüberlastung nicht in der Lage, die Organisation der Warenmärkte zu übernehmen. Es würde sich aber eine Lösung abzeichnen, indem der Schweiz. Marktfahrerverband, bereit sei, die Märkte in Liestal zu übernehmen.

Diese Aussage ist beim Liestaler Gewerbe auf Unverständnis gestossen. Einerseits sind die Liestaler Marktfahrer nie angefragt worden, ob z.B. die IGL als Organisation auftreten könnte. Andererseits wird nicht verstanden, dass eine seit Jahrhunderten ausgeführte hoheitliche Gemeindeaufgabe ohne Ausschreibung an eine auswärtige Organisation vergeben wird. Wenn die Meinungsverschiedenheiten in anderen Städten (z.B. in Basel) über die Markchefs verfolgt werden, ist leicht voraussehbar, dass sich in Liestal Konflikte zwischen einheimischen und auswärtigen Marktfahrern ergeben werden.

Seit anfangs 2003 ist eine Kommission der Stadt mit der Überarbeitung des Marktreglements beschäftigt. In diesem Gremium ist auch die IGL vertreten. Seit Mai 2003 hat jedoch keine Sitzung mehr stattgefunden. Darum überrascht die Ankündigung über die neue Marktorganisation um so mehr.

Ich bitte den Stadtrat, mir folgende Fragen zu beantworten:

1. Warum wurde das einheimische Gewerbe bei der Ausschreibung für die Vergabe der Marktorganisation nicht berücksichtigt?
2. Ist der Stadtrat bereit, vor einem endgültigen Beschluss auch mit der IGL über die künftige Marktorganisation Rücksprache zu nehmen?

20.09.2004, Hanspeter Meyer

Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert, dass keine öffentliche Ausschreibung stattgefunden habe. Weil die Presse Kenntnis von Gesprächen der Stadt gehabt habe, würden nun Fragen auftauchen, die sonst so kaum zu beantworten gewesen wären. Es gehe darum, dass die Stadt Liestal den Markt optimieren wolle, in Zusammenarbeit mit der Interessengemeinschaft Liestal (IGL), dem Gewerbe und der Liestaler Bevölkerung. Die Stadt habe die Fühler bereits ausgestreckt, um zu sehen, was es für Möglichkeiten gebe. So sei sie in Kontakt mit dem Schweizerischen Marktfahrerverband gekommen. Der nächste Schritt wäre auf jeden Fall gewesen, die IGL einzubeziehen. Die IG Flohmarkt sei bereits informiert gewesen. Sie bedaure, dass sie jetzt auf diese Art Stellung nehmen müsse. Es sei nie die Absicht gewesen, etwas zu unternehmen, ohne die Hauptakteure einzubeziehen. Man sei am Anfang einer Diskussion um eine gute Sache unter Einbezug aller Beteiligten.

Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) dankt Regula Gysin für die Antwort, erklärt sich teilweise davon befriedigt und wünscht die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) sagt, die Antwort der Stadtpräsidentin würde ihn etwas beruhigen. Wenn man aber die ganze Berichterstattung gelesen habe, habe es ganz anders ausgesehen. Er wisse aus Erfahrung, dass das Marktwesen eine sehr heikle Sache sei. Aufgrund der Berichterstattung in der Presse habe er ein Telefon aus Arlesheim erhalten. Dort habe man die Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Marktfahrerverband wieder rückgängig gemacht, weil genau die Probleme aufgetreten seien, die man kenne. Es gebe einheimische und auswärtige Marktfahrer, was immer zu Reibungspunkten führe. Deshalb sei es sinnvoll, wenn eine neutrale Stelle die Organisation übernehme. In der ganzen Sache seien Dinge falsch gelaufen. Es habe eine Arbeitsgruppe „Revision Marktverordnung Liestal“ gegeben. Als Vertreter der IGL sei er dabei gewesen. Im Mai 2003 habe die letzte Sitzung dieser Arbeitsgruppe stattgefunden. Es sei damals versprochen worden, dass der neue Reglementsentswurf besprochen werde. Dieser sei aber nie gekommen. Deshalb sei er aus allen Wolken gefallen, als er im August in der Basler Zeitung gelesen habe, dass Liestal seinen Markt auslagern werde. In einem Interview sei klar dargelegt worden, wie das geschehen solle, und es sei ebenfalls ausdrücklich kommuniziert worden, dass der Schweizerische Marktfahrerverband neuerdings die Organisation übernehmen werde. Wenn das nun nicht so sei und die IGL einbezogen werde, sei er froh. Der Vorstoss habe damit sein Ziel erreicht und er danke dem Stadtrat dafür.

Danielle Schwab (SP) fügt hinzu, bis jetzt seien erst Konsultativgespräche geführt worden. Auch bei diesem Thema gelte es, innovativ zu sein. Die IGL solle sich dem Wettbewerb stellen. Wichtig erscheine ihr vor allem das Thema Kommunikation. Der Beitrag über den Markt, der bei Telebasel erschienen sei, habe gezeigt, dass sich die involvierten Parteien vorher nicht abgesprochen hätten. So etwas führe zu einem Image-Schaden. Die Kommunikation vor solchen Medienauftritten sei unbedingt zu verbessern.

://: Somit ist die Interpellation erledigt.

31 G.2.5.5. Orientierung und Information: Anfrage und Auskünfte

5. Fragestunde

1. Frage, Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP): Vor kurzem wurde die Begegnungszone Stedtl eingeweiht. Bis jetzt wird die Höchstgeschwindigkeit von 20 km/h von vielen Verkehrsteilnehmern noch nicht eingehalten. Es ist zu hoffen, dass die eingeführten Massnahmen mit der Zeit umgesetzt werden können. Warum wurde der Perimeter verändert und nur ein Teil des Schleifewuhrwegs in die Begegnungszone integriert?

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, dass bei der Detailplanung auf den Einbezug des Schleifewuhrweges auf Grund des geringen Fussgängeranteils verzichtet worden sei. Es gehe dabei um denjenigen Teil, der sich auf der anderen Seite des kurzen Tunnels befinde, wenn man vom „Lüdin-Pärkli“ her komme. Die Stadt wolle übrigens alle drei bis vier Wochen eine Aktion mit Flugblättern durchführen, um die Autofahrer und -fahrerinnen auf die neue Höchstgeschwindigkeit aufmerksam zu machen.

2. Frage, Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP): Es geht um den Fussgängerstreifen bei der Reb-gasse. Wieso wurde unmittelbar nach dem Aufhebungszeichen „Begegnungszone“ der Fussgängerstreifen gegenüber der Lüdin AG aufgehoben? Meines Erachtens schafft dies eine gefährliche Situation.

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, es sei immer schwierig, wenn am Rand einer solchen Zone ein Fussgängerstreifen wegfallt. Man werde diese Situation beobachten. Vom Prinzip her sei es natürlich nicht sinnvoll, innerhalb der Begegnungszone Fussgängerstreifen zu machen. Aber diese Eingangssituation sei tatsächlich heikel.

3. Frage, Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) und Regula Nebiker (SP): Nach einer kürzlich erfolgten Strassensanierung auf der Höhe der Liegenschaft des Landwirtschaftsbetriebs der Familie Weber, Neu Hof 33, wurde der Fussgängerstreifen entfernt. Das Überqueren der stark befahrenen Fahrbahn ist für die dort wohnenden Kinder, die in die Frenkenbündten zur Schule gehen, gefährlich geworden. Wie kann sich der Stadtrat dafür einsetzen, dass der Kanton den Fussgängerstreifen wieder erstellt?

Stadtrat Ruedi Riesen bestätigt, dass diese Situation unhaltbar sei. Das Stadtbauamt sei mehrmals dort gewesen, um einen Augenschein zu nehmen. Ebenso hätten dies Landräte und Vertreter des BfU getan. Alle hätten mit dem Kanton Kontakt aufgenommen. Bis jetzt sei aber noch nichts geschehen. Der Stadt seien die Hände gebunden, da die Zuständigkeit eindeutig beim Kanton liege.

Hans Brodbeck (FDP) ergänzt, dass nach seinem Wissensstand auf einer Strasse, auf der man schneller als 60 km/h fahren dürfe, kein Fussgängerstreifen erstellt werden könne.

Stadtrat Ruedi Riesen erwidert, dies sei tatsächlich so, und zwar wegen der Gefahr von Auf-fahrkollisionen. Erst wenn die Geschwindigkeit im genannten Bereich auf 60 km/h reduziert werde, könne man einen Fussgängerstreifen machen.

Zusatzfrage Regula Nebiker (SP): Kann die Gemeinde nicht auch darauf hinwirken, dass in diesem Bereich Tempo 60 eingeführt wird? Schliesslich müssen die Bewohner dort laufend mit Landwirtschaftsmaschinen in diese Schnellstrasse einbiegen. Dies ist auch verkehrsbe-hindernd und eine tägliche Gefahr sowohl für diese Leute wie für die andern Verkehrsteil-nehmer.

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, dass die Stadt sich dafür einsetzen werde.

4. Frage, Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP): In der August-Sitzung stellte ich eine Frage wegen eines Pferdebesitzers, dessen Scheunen brannten. Danach wurden die Überreste nicht weggeräumt. In der Zwischenzeit ist nochmals alles in Brand gesetzt anstatt aufgeräumt worden. Metallgegenstände liegen verstreut herum. Kürzlich habe ich gehört, dass dieser Pferdebesitzer im Hanro-Gebiet wieder ein Grundstück gekauft hat. Wie kann dort eine weitere Verschandelung verhindert werden?

Stadtrat Ruedi Riesen erläutert, über das Bauinspektorat sei man ans Amt für Liegenschaftsverkehr (ALV) gelangt. Dort habe man die Auskunft erhalten, dass die Abfälle bis Ende Monat weggeräumt werden sollen. Der Eigentümer, dem die Hütten, Pferde, Autos etc. gehören, sei jetzt tatsächlich im Hanro-Areal ansässig. Er habe dort unter anderem ohne Baugesuch Pferdeunterstände gebaut, die man inzwischen habe abreißen lassen. Danach habe der Betreffende ein Baugesuch eingegeben, das noch hängig sei. Man wolle dort auf keinen Fall einen zweiten Schöntalweg haben, die Stadt werde intervenieren.

5. Frage, Orla Oeri-Devereux (SP): Ein Organ des Jugendrates Baselland für öffentliche Arbeit ist dessen Jugendzeitung für Politik und Kultur mit dem Namen „Blättli“. Einige Gemeinden des Kantons unterstützen die Publikation des „Blättli“ mit jährlichen Beiträgen zwischen 100 und 400 Franken. In Folge meiner Frage in der Fragestunde der Einwohnerratssitzung vom September 2001 zahlte Liestal für das Jahr 2001 einen Beitrag von 200 Franken. Sieht der Stadtrat die Möglichkeit, einen jährlichen Beitrag an die Zeitung des Jugendrats zu zahlen und damit Jugendliche und junge Erwachsene, die sich für politische und Jugendfragen engagieren, zu unterstützen? Gemäss dem Editorial im letzten „Liestal aktuell“ wäre dies ganz im Sinn der Stadtpräsidentin Regula Gysin.

Stadtpräsidentin Regula Gysin antwortet, sie wisse nicht, weshalb die Zahlungen von der Stadt nach dem Jahr 2001 nicht mehr erfolgt seien. Man werde die Angelegenheit auf jeden Fall wieder in die Hand nehmen und wohlwollend prüfen.

6. Frage, Astrid Basler (GL): Auf der Parzelle 1004, Rheinstrasse 34, wird das neue Gebäude der Basellandschaftlichen Pensionskasse entstehen. Auf welches Datum ist der Baubeginn festgelegt? Ist schon etwas in Planung für die zukünftige Nutzung des benachbarten Grundstückes der Kantonalen Schul- und Materialverwaltung?

Stadtrat Ruedi Riesen hält fest, nach Auskunft des Bauinspektorats sei bei der Baurekurskommission noch eine Beschwerde hängig. Der Baubeginn könne deshalb noch nicht festgelegt werden. Zurzeit sei bezüglich Planung auf dem kantonalen Nachbargrundstück nichts bekannt. Im Rahmen der Zonenplanrevision würden Ende 2004 / Anfang 2005 mit dem Kanton dessen öffentliche Grundstücke besprochen.

7. Frage, Marie-Theres Beeler (GL): Das Mühlemattschulhaus verfügt über keine Turnhalle, was seit Jahren immer wieder zu Anfragen führt. Die Schüler und Schülerinnen turnen entweder in der Turnhalle Schauenburg oder im Fraumattschulhaus. Durch die Entstehung von neuen Quartieren im Röserntal hat ein grosser Teil der Kinder einen sehr weiten Schulweg, der noch länger wird, wenn die Kinder bis zum Fraumattschulhaus laufen müssen. Da ein Turnhallenbau bei den derzeitigen finanziellen Möglichkeiten der Stadt kein Thema sein kann, ist es umso wichtiger, die Organisation der Turnstunden zu optimieren. Um die Kinder nicht zu überfordern und den Taxidienst der Eltern nicht zwingend erforderlich zu machen, wäre die Benutzung der Schauenburgturnhalle für die unteren Klassen vorzuziehen. Es besteht zurzeit der Eindruck, dass den unteren Klassen der weite Weg in die Fraumatt zugemutet wird und die oberen Klassen, die in der Lage wären, vom Fraumatt nach Munzach den Bus zu benutzen, in der Schauenburgturnhalle turnen. Was unternimmt die Schulleitung, um die

organisatorischen Probleme rund um die Turnstunden im Mühlemattschulhaus zu verbessern und insbesondere für die unteren Klassen eine vertretbare Lösung zu finden?

Stadtrat Lukas Ott führt aus, aufgrund der Lage sei es klar, dass die Schauenburghalle für die Schülerinnen und Schüler aus dem Mühlemattschulhaus besser gelegen sei. Diese Turnhalle gehöre der Gewerbeschule, deshalb könne man nicht frei über sie verfügen. Die Stadt versuche, dort Stunden zu belegen, wo es freie Kapazitäten gebe. Die Möglichkeiten für die Mittelstufe seien besser, weil sie auch am Nachmittag Stunden in der Schauenburghalle belegen könne. Die Unterstufe könne dies aus schulorganisatorischen Gründen in der Regel nicht, weil die Unterstufe am Nachmittag Abteilungsunterricht habe. An den Vormittagen seien die Kapazitäten von der Gewerbeschule aus leider beschränkt. Die Stadt nehme das Anliegen aber ernst und werde die Möglichkeiten ein weiteres Mal prüfen. In den nächsten Wochen werde diesbezüglich ein Gespräch mit der Leitung der Gewerbeschule stattfinden.

8. Frage, Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP): Wird der bestehende Kindergarten im Quartier Radacker an der Lärchenstrasse, der für drei Klassen erstellt wurde, aber seit längerer Zeit nur mit einer Klasse belegt ist, nun abgerissen? Wenn ja, wo werden die Kinder aus diesem Einzugsgebiet künftig in den Kindergarten gehen müssen? Wird anstelle des Kindergartens eine Überbauung mit Einfamilienhäusern realisiert?

Stadtrat Lukas Ott sagt, es werde in diesem Quartier weiterhin einen Kindergarten geben. Den Radackerkindergarten brauche es. Von den Kinderzahlen her sei absehbar, dass man mittelfristig in diesem Gebiet zwei Kindergärten benötige. Derzeit stünden dort drei Kindergärten. Ein Teil der bestehenden Liegenschaft könne deshalb mittelfristig anders genutzt werden. Das Stadtbauamt mache sich derzeit Gedanken dazu. Die beiden verbleibenden Kindergärten blieben erhalten und würden gemäss Legislaturplanung 2005–2008 des Stadtrates saniert.

9. Frage, Regina Vogt (FDP): Am Eingang von Liestal steht neben der Ortstafel ein Schild mit der Aufschrift „Liestal - Gemeinde Europas“. Was genau beinhaltet das?

Stadtpräsidentin Regula Gysin erwidert, sie habe sich mit diesem Thema noch nicht genügend befassen können, da die Frage durch einen Irrweg relativ spät zu ihr gelangt sei. Es gebe zwei dieser Schilder, eines am Ortseingang, wenn man von Seltisberg komme, das andere am Ortseingang beim Altmarkt. Nach ihrem jetzigen Wissen gehe es darum, im Interesse der Bevölkerung grenzüberschreitend Projekte zu realisieren. Eine genauere Beantwortung sei ihr nur schriftlich möglich.

10. Frage, Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP): Der Obelisk, der an die Wirren und an die Opfer des Bauernaufstandes von 1653 erinnert, soll, nachdem er dem Engelneubau weichen musste, einen neuen Standort erhalten. Wird dieses Denkmal nun auf dem Kasernenvorplatz seinen definitiven Platz finden und wann werden die entsprechenden Arbeiten ausgeführt?

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, das Bauernkriegsdenkmal solle in den linken Teil des Vorplatzes der Kaserne zu stehen kommen. Mehr habe er nicht in Erfahrung bringen können.

11. Frage, Heinz Lerf (FDP): An den Einmündungen Seltisbergerstrasse/Gartenstrasse und Seltisbergerstrasse/Spittelerstrasse wurde zur Verkehrsberuhigung über die ganze Strassenbreite eine wunderschöne Kuppe mit farbigen Pflastersteinen gemauert und geteert. Ist eine derart aufwendige und teure Arbeit notwendig, um die gesetzlichen Auflagen zu erfüllen

respektive die gewünschte Wirkung zu erzielen, oder wäre dies auch mit einfacheren Mitteln möglich?

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, die Schwellen würden nur im Zusammenhang mit Belagsarbeiten, die sowieso ausgeführt würden, gebaut, meistens bei Instandstellungen nach Werkleitungsbauten. Die Schwellen würden nur dort erstellt, wo eine Tempo 30-Zone geplant sei. Die Kosten könnten auf Grund der Synergien minimiert werden und seien im Zusammenhang mit den geplanten Tempo 30-Zonen gerechtfertigt.

12. Frage, Pascal Porchet (FDP): Ist die Friedhofverlagerung noch ein Thema?

Stadtrat Ruedi Riesen erläutert, dieses Thema sei im Zusammenhang mit der Diskussion um die Revision des Ortsplanes aufgekommen. Die Möglichkeit des Friedhofgeländes als Filetstück für Wohnbauten sei skizziert worden. Er sei sehr erstaunt gewesen, als er darüber in der Zeitung gelesen habe, er habe nichts davon gewusst. Es handle sich jedenfalls um Ideen, die im Zusammenhang mit der Ortsplanung vorhanden seien. Den Friedhof zu verlegen, halte er politisch für ein sehr heikles Thema. In der Ortsplanung werde dies nicht diskutiert. Er wisse nicht, von wo dies kolportiert worden sei. Es tue ihm leid, dass dies so prominent in der Zeitung gestanden sei. Die Ortsplanung werde in die Vernehmlassung kommen beziehungsweise in die BPK gebracht. Betreffend Umnutzungen von Gelände sei der Friedhof in den nächsten 50 Jahren kein Thema.

13. Frage, Lukas Flüeler (GL): Wie weit ist der Stadtrat mit der aktiven Investorensuche in Bezug auf das Eurocityprojekt auf dem Bahnhofareal vorangekommen?

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, in den nächsten Wochen werde man mit einem interessierten Investor zusammenkommen.

14. Frage, Vreni Wunderlin (FDP): Wem gehört die Skateboardbahn an der Kasinostrasse, die schon lange stillgelegt wurde, beziehungsweise wem gehört das Areal? Die Geräte rosteten vor sich hin, immer wieder steigen junge Leute darüber, was nicht ganz ungefährlich ist. Wie soll es dort weitergehen?

Stadträtin Marion Schafroth berichtet, das Land gehöre der Stadt Liestal. Errichtet habe die Anlage ein Trägerverein, der nicht mehr existiere. Ein Ansprechperson gebe es daher nicht mehr. Das Geschäft sei in zwei Wochen im Stadtrat traktandiert. Vorbehältlich der Zustimmung durch die Kollegen habe sie vor, das Ganze abzureissen und nach einer Möglichkeit zu suchen, eine neue Anlage zu erstellen. Dazu müssten Sponsoren gefunden werden.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) fragt, ob es Wortmeldungen zu den eingereichten Vorstössen gebe.

Bernhard Fröhlich (FDP) antwortet, er wolle sich zu den Gründen für die Interpellation Nr. 2004/16 betreffend Abwasserreglement äussern, die er und Paul Finkbeiner eingereicht hätten. Er nehme Bezug auf das Protokoll der Einwohnerrats-Sitzung vom 27. September 2000. Diesem könne man entnehmen, dass im Bericht der Fiko zum Finanzplan 2000–2004 vom 4.11.1999 bis spätestens in einem Jahr Analysen und Vorschläge für die finanzielle Zukunft der Kanalisationskasse verlangt würden. Im Jahre 1999 habe Martin Hofer vom Stadtbauamt im Rahmen einer Weiterbildung eine Diplomarbeit mit folgendem Thema geschrieben: *Erarbeiten von Entscheidungsgrundlagen für die Finanzierung der Abwasserbeseitigung der Stadt Liestal*. Die dabei erworbenen Erkenntnisse, so heisse es im genannten Protokoll, sollten spätestens mit dem Budgetprozess 2001 umgesetzt werden und für die Jahre 2001 und 2002 gelten. Ebenso könne man lesen, dass im Jahr 2002 voraussichtlich das geänderte kantonale Gewässerschutzgesetz in Kraft treten werde, welches eine veränderte Form der Gebührenregelungen zur Folge haben werde. Die veränderte Gebührenregelung müsse im überarbeiteten Abwasserreglement festgelegt werden, welches voraussichtlich 2003 in Kraft treten werde.

Ein Musterreglement liege seit dem Jahr 2000 vor. Darin werde klar festgehalten, dass der Erschliessungsbeitrag unabhängig davon geschuldet sei, ob das Grundstück überbaut sei oder nicht. Der Erschliessungsbeitrag richte sich nach der Grundstücksfläche, die entwässert werde. Das gleiche gelte für Anschlussbeiträge, also wenn gebaut werde. Es heisse im Weiteren: „Die Belastungswerte ersetzen für die Berechnung der Anschlussgebühr die bisher üblichen und in absehbarer Zeit nicht mehr erlaubten Grundlagen des Gebäudeversicherungswertes.“

Er habe sich bei den entsprechenden Sachverständigen beim Kanton informiert. Ein Ersatz trete ab 1.1.05 in Kraft, die Verordnung liege voraussichtlich am 1.4.05 vor. Die Vorprüfung des generellen Entwässerungsplanes von Liestal sei gemacht, man könne jetzt durchaus die Reglementänderung an die Hand nehmen. Liestal könne bei diesem Geschäft eine absolute Signalwirkung - im positiven Sinne - für viele Gemeinden auslösen, welche ihr Reglement auch noch nicht angepasst hätten. Obwohl der Kanton eindeutig und klar den Ratschlag gebe, nur noch die Grundstücksfläche als Basis zu nehmen, habe erst Burg diese korrekte Berechnungsgrundlage übernommen. In den Gemeinden, würden die Fachleute vom Kanton feststellen, habe man scheinbar Mühe, eingefahrene Wege zu verlassen. Er wäre sehr erfreut, wenn Liestal ein positives Zeichen setzen würde. Er sei zuversichtlich, dass der Stadtrat den Ball aufnehmen werde.

Schluss der Sitzung: 19.30 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Walter Gudenrath

Die Ratsschreiberin

Beate Kogon